



Normenkontrollklage gegen Stadionbau jetzt anhängig

Bürgerinitiative fordert sofortigen Planungsstopp

Oldenburg, 9. September 2026 – Gegen den Stadionneubau in Oldenburg ist jetzt die angekündigte Normenkontrollklage anhängig. Das teilt die Bürgerinitiative KEIN StadionBau mit. Sie fordert deshalb den sofortigen Stopp der Planungen bis zum Abschluss des Verfahrens vor dem Niedersächsischen Obergericht in Lüneburg.

Sprecher Klaas Brümmer verweist auf zahlreiche Mängel und Fehler während der Planungsphase: „Jetzt rächt sich, dass der Noch-Oberbürgermeister der SPD versucht hat, sozusagen mit ‚gefälligen Gutachten‘ Rechtsgrundlagen zu schaffen.“

Der bekannte Sportsoziologe Prof. Dr. Jürgen Schwark hat aktuell ein Buch mit dem Titel „Gefällige Gutachten“ veröffentlicht. Darin zeigt er auf, wie Gutachten und Studien zu ‚erwünschten‘ Ergebnissen gelangen und sich damit ihren Auftraggebern als gefällig erweisen. Insbesondere, wie politische und wirtschaftliche Akteure umstrittenen Bauprojekten so Legitimität und Zustimmung verschaffen. Der Autor beschreibt unter anderem ausführlich die Planungen des Oldenburger Stadions.

Der vom Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen bevollmächtigte Fachanwalt kommt in seiner Bewertung zum Schluss, dass die ausgelegten Unterlagen, die geplante Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung des Bebauungsplanes, einer gerichtlichen Prüfung der Rechtmäßigkeit nicht standhalten. Es bedürfe deshalb einer erneuten grundlegenden Änderung.

Vor allem lägen der städtischen Stadionplanung überholte Daten für Veranstaltungen in den Weser-Ems-Hallen zugrunde. Dort investiert die Stadt Oldenburg derzeit 78,6 Millionen Euro. „Mit dieser enormen Summe werden wir (die Kapazität) natürlich erheblich ausweiten, und wir werden noch mehr Versammlungsräume und Veranstaltungsräume haben als zuvor“, wirbt die örtliche SPD überschwänglich auf Instagram.

Die genannten zusätzlichen Veranstaltungen sind allerdings weder im Verkehrskonzept noch im schalltechnischen Gutachten berücksichtigt worden. Brümann: „Genauso wenig wie die vielen Veranstaltungen im Stadion, die die Stadtverwaltung der Generaldirektion Wettbewerb der EU gemeldet hat, um den jährlichen Verlustausgleich von drei Millionen Euro aus der Stadtkasse zu rechtfertigen.“ Sollten die gemeldeten Angaben umgesetzt werden, würde das zu deutlich mehr Überschneidungen von Großveranstaltungen führen, was unter anderem den öffentlichen Busverkehr massiv beeinträchtigen würde.

Auch die Anzahl der Lärmereignisse erscheint problematisch. Der der Europäischen Kommission gemeldete Umfang an Veranstaltungen im geplanten Stadion weicht nämlich erheblich von den im vorgelegten Schallgutachten gemachten Angaben ab.

Sollten die gemeldeten Veranstaltungen dann tatsächlich nicht stattfinden, wäre die städtische Beihilfe für das Drittliga-Stadion sehr wahrscheinlich unrechtmäßig.

Die Frage der Haftung

Die Initiative KEIN StadionBau weist die Stadtverwaltung seit Jahren auf die Probleme in den Gutachten hin. Sollte der Stadt Oldenburg bei einer erfolgreichen Normenkontrollklage und den darin aufgedeckten Mängel ein finanzieller Schaden entstehen, stelle sich auch die Frage der Haftung. Brümann: „Am 13. September können die Wählerinnen und Wähler in der Stadt Oldenburg dem Drittliga-Stadion zudem ein Ende setzen, wenn sie Kandidierende wählen, die sich klar gegen den Irrsinn positioniert haben.“

Aussagen zu den Wahlprüfsteinen aus allen sechs Wahlbereichen und von den Kandidierenden für das Amt des Oberbürgermeisters oder der Oberbürgermeisterin:

<https://www.keinstadionbau.de/call2action>

Kontakt: Bürgerinitiative KEIN StadionBau, Sprecher Klaas Brümann, Tel. 0441 72508

Für Rückfragen und weiterführende Dokumente (Auskunft des Oberbürgermeisters, Wirtschaftsplan der Stadion Oldenburg GmbH & Co. KG, Ratsbeschluss vom 3. Dezember 2025) steht die Initiative zur Verfügung.

Zum Hintergrund:

Der scheidende Oberbürgermeister hat den Rat über den Auftrag für das Drittliga-Stadion am 1. Juni abstimmen lassen. Die Bürgerinitiative KEIN StadionBau will verhindern, dass die Stadt Oldenburg in der Innenstadt ein zweites Fußballstadion, das zu 100 Prozent von Steuergeld finanziert werden soll, errichtet. Die geplanten Kosten belaufen sich bereits vor Beginn des Baus

auf mehr als 50 Millionen Euro. Auf dem Weg dahin haben wir uns mit den Tricks der Fußballindustrie beschäftigt, die die klammen Kassen deutscher Kommunen um viele Millionen erleichtert.

KEIN StadionBau ist Mitglied im Landesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen